

# Ärzte und Patienten kritisieren Lauterbachs Sparpläne

Patienten des Ärztezentrum Bad Wörishofen schreiben 130 Protestbriefe.  
Es geht um den beschlossenen Wegfall der Neupatientenregelung.

**Bad Wörishofen** Patientinnen und Patienten des Ärztezentrum hatten sich mit rund 130 Protestbriefen an den Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke (CSU) gewandt. Die Schreiben waren Teil der Kampagne „Warten bis der Arzt kommt“ und richteten sich gegen die Streichung der Neupatientenregelung durch die Regierungsparteien. Stracke war nun zu Gast in Bad Wörishofen, um vor Ort über das Problem zu sprechen.

Stracke sprach im Ärztezentrum Bad Wörishofen mit den Hausärzten Heinz und Thomas Leuchtgens über die Auswirkungen des im Bundestag beschlossenen Wegfalls der Neupatientenregelung. Stracke dankte den Bad Wörishofer Ärzten, dass sie sich an der Kampagne aktiv beteiligt und so auf die Missstände aufmerksam gemacht hatten. „Um die langen Wartezeiten von Patienten auf einen Termin beim Haus- oder Facharzt zu verkürzen, hat die unionsgeführte Bundesregierung 2019

eine Neupatientenregelung eingeführt“, erinnert Stracke. „Sie ermöglicht es den Ärzten, ihre Sprechstundenzeiten auszubauen und neue Patienten aufzunehmen. Dafür erhalten sie eine angemessene Vergütung. Dies wurde von der Ampel seit 1. Januar 2023 wieder ausgehebelt. Eine echte Rolle rückwärts“, führt Stracke in einer Pressemitteilung aus.

Wie die Bad Wörishofer Ärzte im Gespräch mit Stracke erklärten, hätten sie und auch zahlreiche Kollegen die Neupatientenregelung genutzt, um ihre Praxen umzustrukturieren und teils personell aufzustocken. „Wir haben investiert, neue Arbeitsplätze geschaffen und konnten so unser Angebot für Patienten erweitern. Dies war durch eine bessere Vergütung erst möglich geworden“, wird Dr. Heinz Leuchtgens in der gemeinsamen Erklärung zitiert.

Dass diese Regelung nun aufgrund der Sparmaßnahmen der Ampelkoalition in Berlin wieder



Stephan Stracke (rechts) im Gespräch mit Dr. Heinz Leuchtgens (links) und Thomas Leuchtgens vom Ärztezentrum Bad Wörishofen. Foto: Büro Stracke

rückgängig gemacht werde, betrachte man als Vertrauensbruch.

Dies kritisiert auch Stracke (CSU). Der Wegfall der Neupatientenregelung sei laut Stracke Teil der Einsparmaßnahmen, mit denen Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) das milliarden schwere Defizit der Krankenkassen bekämpfen will. „Das ist deutlich zu kurz gesprungen. Wir brauchen durchdachte Strukturreformen statt kurzfristigem Aktionismus“, findet dagegen Stracke. Die Leistungskürzung des Gesundheitsministers gehe zu Lasten der Patientinnen und Patienten. „Immer länger warten zu müssen bis der Arzt kommt, ist keine Lösung. Krankheit ist nun einmal nicht planbar“, so Stracke.

Lauterbach hatte die Streichung bei einer Pressekonferenz im vergangenen Sommer unter anderem damit begründet, dass Patienten als Neupatienten geführt würden, die in Wirklichkeit keine echten Neupatienten sind. (AZ)